

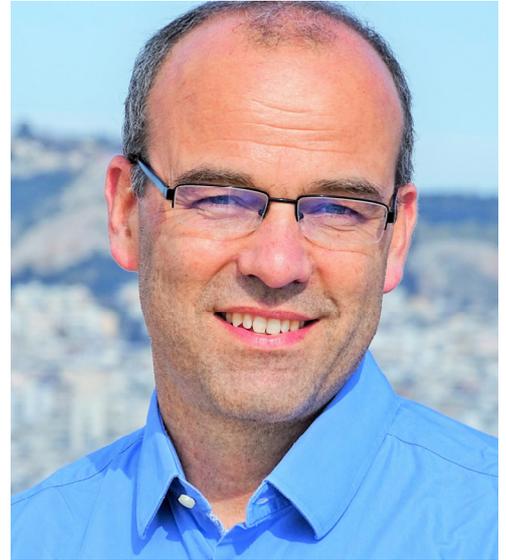
Name: Dr. Rainer Rothfuß

Alter: 50

Beruf: Geopolitik-Analyst

Wohnort: Lindau

Partei: AfD (seit 2018)



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

Schon als Jugendlicher hatte ich mir oft mein Taschengeld als Erntehelfer verdient. Es ist für mich ein Zeichen der Entfremdung unserer modernen Gesellschaft von der Natur und unseren Wurzeln, dass jeder meint, den Landwirten erklären zu müssen, wie man die Umwelt besser schützt und das Vieh hält. Ich werbe bei jeder Gelegenheit dafür, dass wir als Gesellschaft die Landwirte als faktisch unsere Ernährer wieder mehr würdigen. Ich bin dabei auch konsequent für eine besondere Förderung kleinerer Betriebe. Die Politik hat jahrzehntelang die Weichen falsch gestellt und die kleinbäuerliche Landwirtschaft so ausgemergelt, dass Nachfolger sich dreimal überlegen müssen, ob der schöne und nützliche Beruf auch noch die nötigen Zukunftsperspektiven wirtschaftlicher Art bietet. Wir als AfD kämpfen für einen viel größeren Stellenwert der heimischen Landwirtschaft und auch der Ernährungssouveränität unseres Landes.

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

Politik richtet sich fast nur noch nach dem Druck aus den Medien. Und in diesen haben sogenannte Tier- und Umweltschützer eine viel lautere Stimme als die Landwirte, die vom Fach sind. Wenn Landwirte mehr Investitionen zur Förderung des Tierwohls durchführen sollen, dann muss zuerst einmal sichergestellt werden, dass die Preisstruktur auch für kleine Betriebe noch die nötigen Gewinne abwirft. Überlegungen z.B. die Anbindehaltung vollständig zu verbieten sind ein schwerwiegender Eingriff in die unternehmerische Freiheit der Landwirte. Für kleinere Betriebe kann das das endgültige Aus bedeuten, wenn entsprechende Investitionen nicht getätigt werden können. Damit unsere kleinbäuerliche Struktur und damit auch die Kultur im ländlichen Raum zu zerstören ist sachlich nicht zu

begründen. Anbindehaltung, vor allem in Kombihaltung sichert das Tierwohl durchaus. Krankheiten können z.B. viel leichter erkannt werden als wenn der Melkroboter den täglichen direkten Kontakt mit den Tieren ersetzt.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Viele der bürokratischen Auflagen kommen aus Brüssel. Die AfD kritisiert seit Jahren die immer übergreifendere EU, die bis ins kleinste Detail hinein Vorschriften macht, aber zugleich zulässt, dass andere Länder viel laxere Vorschriften gewähren und unsere Landwirte auf dem freien Markt mit deren Produkten konkurrieren müssen. Aber nicht nur in der EU, auch in Deutschland ist der Behördenapparat, der gesamte politische und administrative Überbau, über die Jahre und Jahrzehnte hinweg viel zu fett geworden. Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung der Landwirte und Unternehmer ist eine wichtige Voraussetzung, um unternehmerisches Engagement nicht völlig in Bürokratie und ausufernder Steuerlast zu ersticken. Deutschland sollte wieder mehr Freiheit wagen, so wie andere europäische Länder auch.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Die Sozialversicherung für die Landwirtschaft muss selbstverständlich zur Stabilisierung aus Steuermitteln Zuschüsse erhalten, sollte sich die Grundlage der Beitragszahler weiter verkleinern. Letzteres wollen wir als AfD aber möglichst aufhalten. Das landwirtschaftliche Unternehmertum soll auch bei kleineren Betriebsgrößen wieder eine wirtschaftlich attraktive Perspektive bieten. Der Hebel dazu ist in der Preispolitik für Lebensmittel und in der Steuerpolitik zu finden, damit auch der kleine Verbraucher wieder mehr Kaufkraft hat. Auch Landwirte, die in „Ruhestand“ gehen, sollen noch die Freiheit haben, weiterhin im Betrieb aktiv zu sein, wenn sie dies wünschen.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Wir wollen als AfD in der öffentlichen Debatte hervorheben, dass konventionelle Betriebe das Rückgrat unserer Nahrungsmittelversorgung sind und hervorragende Qualität bei bereits minimierter Umweltbelastung liefern. Was wir als AfD als problematisch sehen, sind ausufernde Tiertransporte um innereuropäische Preisgefälle bei Schlachtung und Weiterverarbeitung seitens der nachgelagerten Nahrungsmittelindustrie auszunutzen. Dies liegt aber nicht in der Verantwortung der Landwirte. Wir wollen mehr Wert auf regionale Nahversorgung legen als auf das manchmal auch zweifelhafte Etikett „Bio“. Ein Bio-Apfel aus Argentinien erzeugt faktisch eine viel größere Umweltbelastung durch weite Transportwege als ein Apfel aus integriertem Anbau aus der Region.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Wenn der Staat den Landwirten strengere Vorgaben beim Pflanzenschutz macht, dann muss sichergestellt werden, dass deren Umsetzung auch finanzierbar ist. Immer höhere Anforderungen, ohne diese auch bei der europaweiten Konkurrenz durchzusetzen und ohne entsprechend hohe Preise zu gewährleisten ist unfair. Die Politik kann sich hier nicht weiter hinter den Verbrauchern verstecken, die Billigprodukte aus Lebensmitteldiscountern nachfragen. Es ist unethisch über Billiglebensmittel versteckte Sozialpolitik für die immer größere Gruppe von Beziehern niedriger Einkommen zu betreiben – faktisch zulasten der Landwirte als dem schwächsten Glied in der Produktionskette. Umweltschutz hat seinen Preis und den muss der Landwirt genauso selbstverständlich an die Abnehmer weitergeben können, wie es der PV-Anlagenbetreiber beim Stromverkauf gesetzlich abgesichert auch darf.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Landwirtschaftliche Märkte brauchen in gewissen Bereichen mehr, in anderen weniger Außenschutz. Es kann aber nicht sein, dass bei all der Regulierungswut der EU bis ins kleinste Detail, es nicht möglich sein soll, dass Produkte aus heimischer Landwirtschaft und aus Importen, die nebeneinander im Regal liegen, mit ganz unterschiedlichen Umweltauflagen und damit auch Kosten produziert werden dürfen. Wir von der AfD lehnen Freihandelsabkommen im Bereich Landwirtschaft ab, wie das von der EU angestrebte mit dem südamerikanischen Mercosur. Es ist

grotesk, wenn die EU eine Billion Euro unserer Steuergelder in den „Green Deal“ steckt um das Klima zu schützen und zugleich dafür sorgt, dass das Rindersteak nicht mehr von der Weide nebenan, sondern von gerodeten Regenwaldflächen mit Schwerölfrachtern über den Atlantik hier her geschippert wird. Erste Priorität muss also die Sicherung der regionalen Versorgung haben und das Durchsetzen fairer Bedingungen des Wettbewerbs.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Das Problem für die Anbindehaltung fängt nicht erst mit einem generellen Verbot an, sondern schon viel früher, wenn Molkereien keine Verträge mehr abschließen oder für Milch aus Anbindehaltung weniger bezahlen. Ich habe dafür bereits mehrfach öffentlich die Stimme erhoben, dass die Anbindehaltung keine per se schlechtere Tierhaltung ist und unbedingt geschützt werden muss. Die Folgen eines Verbots der Anbindehaltung wären gravierend. Unsere kleinbäuerliche Struktur würde hart getroffen, wenn die massiven damit erzwungenen Investitionen in Laufställe nicht aufgebracht werden können. Das eh schon rasante Höfesterben würde einen massiven Schub bekommen und unsere ländlichen Strukturen würden sich innerhalb kürzester Zeit so verändern, dass auch ein Teil unserer Kultur mit den kleinen Hofbetrieben unwiederbringlich verloren ginge.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Der Druck auf landwirtschaftliche Flächen ist enorm. Es ist z.B. unverantwortlich landwirtschaftliche Ertragsflächen mit riesigen PV-Anlagen zu überbauen. Nachnutzung von versiegelten Altflächen und Innenverdichtung ist das Gebot der Stunde, wenn Gewerbeflächen oder Wohnraum geschaffen werden sollen. Der Eigenheimbau soll nach unseren Vorstellungen weiterhin ermöglicht und auch gefördert werden. Aber es liegt in der Verantwortung der jeweiligen Kommunen, dass diese in ihren Flächennutzungsplänen wertvolles Agrarland schonen. Biodiversität und Artenschutz ist aber nicht nur eine Aufgabe der Landwirte, wie es oft in der öffentlichen Debatte den Anschein hat. In privaten Gärten und auf kommunalen Flächen und in Staatsforsten sind die gleichen hohen Anforderungen zu erfüllen, wie man sie gerne den Landwirten vorschreibt.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Wir von der AfD sind die einzigen, die den Mut haben auch mal Positionen zu vertreten, die gerade nicht so dem Mainstream entsprechen. Wir stehen für den Erhalt unserer Ernährungssouveränität und die Bewahrung unserer Traditionen und Kulturlandschaft ein. Ohne die Landwirte oder gegen die Landwirte erreichen wir keines dieser Ziele in unserem Land.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Haben Sie Mut durchzuhalten! Unser Land braucht Sie mehr als es vielen bewusst ist. Das Allgäu ohne bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe darf es nicht geben! Schauen Sie aber bitte auch einmal genau hin, wer für die unguten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte verantwortlich ist und ob es nicht einmal an der Zeit wäre, den Regierungsparteien durch das Wählen der größten konservativen Oppositionspartei in Deutschland Beine zu machen. Vielen Dank für Ihr Vertrauen und sprechen Sie mich gerne jederzeit persönlich an!